

# Antrag

beschlossen von der 198. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 7. Mai 2026

## **Nein zum personellen und strukturellen Kahlschlag im Spitalsbereich!**

Im November 2025 wurden die Pläne der schwarz-blauen Landesregierung bekannt, die Gynäkologie- und Geburtshilfe sowie die Kinder- und Jugendabteilung des Krankenhauses Dornbirn zu verlegen. Die Geburtenstation in Bludenz wurde ebenfalls geschlossen. Dies geschah ohne eine Einbindung des dringend benötigten und aufgrund von Personalmangel extrem geforderten Fachpersonals. Diese Entscheidung hat weitreichende Folgen – sowohl für die Angestellten der Fachabteilungen als auch für die Auszubildenden und die Patientinnen und Patienten.

- Fachpersonal wandert in die Ostschweiz oder nach Süddeutschland ab, wo das Gehalt und/oder die Arbeitszeiten attraktiver sind.
- Nochmals erhöhter Arbeitsdruck auf das zurückbleibende Fachpersonal,
- Verringerung und Gefährdung der Versorgungsqualität,
- Verlust eines Ausbildungsortes für Hebammenstudentinnen. Den Betroffenen wird der Abschluss ihrer Ausbildung unmöglich gemacht, weil zu wenig Plätze vorhanden sind.
- Erhöhte Anforderungen und steigende Anzahl an Gebärenden in den verbleibenden Geburtenstationen, bei nicht angemessener Aufstockung an Personal und räumlichen Ressourcen. Dies führt zu unzureichend betreuter Gebärenden und vielfältigen Folgen, wie erhöhten Interventionsraten, mehr traumatischen Geburten, Stillproblemen, psychischen Folgen für Eltern und Kind, Bindungsproblemen etc.
- Verringerte Wahlmöglichkeiten für Gebärende, da sie nur noch zwei statt vier Geburtenstationen zur Auswahl haben.
- Kein flächendeckendes Angebot für Hausgeburten, da die Anfahrtswege zu den Krankenhäuser in manchen Gebieten zu lange sind.
- Verlust eines hochrenommierten Brustgesundheitszentrums,
- Verlust eines zertifizierten Beckenbodenzentrums,

- Verlust der Gewaltschutz-Ambulanz, Es bleibt offen, wohin sich künftig Personen wenden können, die von körperlicher und sexueller Gewalt betroffen sind, um Spuren sichern zu lassen und psychologische Hilfe zu erhalten.
- Verlust von Versorgungsqualität onkologischer Patient\*innen unter 18 Jahre sowie Me/CFS-Betroffene und behinderter Kinder mit regelmäßigem ambulanten Behandlungs-Bedarf.

Eine funktionierende Gesundheitsversorgung stellt eine wichtige Säule einer demokratischen Gesellschaft dar, die auf sozialen Ausgleich ausgerichtet ist. Wer den Zugang und die Versorgung verschlechtert, hat mit vermehrten Krankenständen, chronischen Erkrankungen und vielem mehr zu rechnen. Es darf keine Entscheidung ohne die Betroffenen – Beschäftigte und Patient\*innen – geben.

### **Antrag**

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg fordert die Landesregierung Vorarlberg dazu auf

- eine echte Wahlfreiheit für Gebärende zu gewährleisten und als Investition in die Zukunft, um Gesundheitskosten durch Langzeitschäden für Mütter, Väter, Kinder und Familien zu reduzieren,
- die Ausbildungsgarantie, die Hebammenstudent\*innen gegeben wurde, nun auch mit geeigneten Ausbildungsplätzen zu erfüllen,
- in die Strukturreform auch die Betroffenen Arbeitnehmer\*innen mit einzubeziehen,
- die Gesundheitsbetriebe des Landes und die vom Land mitfinanzierten Gesundheitsbetriebe als Arbeitsplatz der Zukunft attraktiv zu gestalten, statt qualifiziertes Personal abzuschrecken und somit den Nachwuchs zu vergraulen.